



Protokoll

20. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 24. Juni 2004

09.00 – 12.00 Uhr

Abwesend Vormittag:

Gutzwiller Eva, Halder Jacqueline, Musfeld Dieter, Reber
Isaac und Tanner Eugen

Index

Mitteilungen 647
Persönliche Vorstösse 660

Kanzlei

Mundschin Walter

Protokoll:

Klee Alex und Troxler Urs

Traktanden

1 Anlobung von Susanne Speiser als Präsidentin des Bezirksgerichts Arlesheim
angelobt 647

2 Wahl der Präsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005
gewählt Daniela Schneeberger 647 und 649

3 Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005
gewählt Adrian Ballmer 647 und 649

9 2003/228
Berichte des Regierungsrates vom 23. September 2003 und der Finanzkommission vom 1. Juni 2004: Gesamtrevision des Gesetzes über die Basellandschaftliche Kantonalkantonalbank. 2. Lesung
beschlossen (4/5 Mehrheit) 648

10 2004/085
Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2004 und der Finanzkommission vom 14. Juni 2004: Staatsrechnung 2003
genehmigt 648, 651 und 654

4 Wahl des Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005
gewählt Eric Nussbaumer 650 und 653

5 Wahl der Vizepräsidentin des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005
gewählt Elisabeth Schneider 650 und 653

6 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005
gewählt Heinz Aebi, Urs Hess, Sylvia Liechti, Toni Fritschi und Matthias Zoller 653

7 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Oberrheinrates für den Rest der Amtsdauer vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2007
gewählt Beatrice Fuchs und Toni Fritschi 653

8 2004/133
Bericht der Spezialkommission Ombudsman vom 8. Juni 2004: Wahl des Ombudsman für den Rest der Amtsperiode vom 1. November 2004 bis 31. März 2006
gewählt Franz Bloch, Aesch 656

11 2004/120
Berichte des Regierungsrates vom 11. Mai 2004 und der Finanzkommission vom 14. Juni 2004: Nachtragskredite zum Budget 2004
beschlossen 658

12 2004/010
Interpellation von Annemarie Marbet vom 22. Januar 2004: Folgen der Budgetanträge 2003. Schriftliche Antwort vom 30. März 2004
erledigt 660

Nicht behandelte Traktanden

13 2003/253

Motion von Jürg Wiedemann vom 30. Oktober 2003:
Reduktion des vorgeschlagenen Stundenabbaus in den
Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik

14 2003/257

Motion von Florence Brenzikofer vom 30. Oktober 2003:
Schriftdeutsch als Unterrichtssprache

15 2003/258

Motion von Jürg Wiedemann vom 30. Oktober 2003:
Arbeitszeitbeschränkung für Schulleiterinnen und Schulleiter
mit Lehrpatent

16 2003/259

Motion von Florence Brenzikofer vom 30. Oktober 2003:
Geschlechterspezifisch ausgewogene Vertretung in den
Schulleitungen der Sekundarschule I

17 2004/029

Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 5. Februar 2004:
Methadon- und kontrollierte Heroinabgabe. Schriftliche
Antwort vom 1. Juni 2004

18 2004/036

Interpellation der FDP-Fraktion vom 5. Februar 2004:
Vogelgrippe - Welche Massnahmen sind im Baselbiet bei
Inkrafttreten des Seuchenplans des Bundes vorgesehen?.
Schriftliche Antwort vom 9. März 2004

19 2004/055

Interpellation von Bruno Steiger vom 19. Februar 2004:
Grausames tierquälerisches Schächten in unserem
Kanton. Schriftliche Antwort vom 23. März 2004

20 2004/090

Motion der FDP-Fraktion vom 1. April 2004: Kooperations-
modell zur Erhaltung der medizinischen Fakultät

21 2004/103

Postulat der FDP-Fraktion vom 22. April 2004: Zusammen-
legung Veterinäramt BL und Kantonales Veterinäramt BS
(Zum Partnerschaftsbericht)

Nr. 652

Begrüssung, MitteilungenBegrüssung

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** begrüsst seine Kolleginnen und Kollegen zur letzten Sitzung vor den Sommerferien. Ein besonderer Willkommensgruss gilt dem Kantonsgerichtspräsidenten Peter Meier.

Runder Geburtstag

Am 13. Juni 2004 konnte Thomi Jourdan seinen 30. Geburtstag feiern.

[Applaus]

Todesfall

Am 19. Juni 2004 ist der ehemalige Landrat Rolf Rück gestorben. Seinen Angehörigen wird herzliches Beileid ausgesprochen.

Entschuldigungen

Vormittag: Gutzwiller Eva, Halder Jacqueline, Musfeld Dieter, Reber Isaac und Tanner Eugen

Stimmzähler

Seite FDP	Sabine Stöcklin
Seite SP	Anton Fritschi
Mitte/Büro	Sylvia Liechti

Wahlbüro

Das Wahlbüro besteht aus Heinz Aebi, Matthias Zoller und Rolf Gerber.

://: Das Wahlbüro wird stillschweigend gewählt.

Bereinigung der Traktandenliste

Es liegt kein Wortbegehren vor. Der Präsident erklärt das Vorgehen am heutigen Wahltag: Traktandum 2 und 3 werden zusammen behandelt, dann wird die Traktandenliste bei Traktandum 9 fortgesetzt. Sobald Wahlresultate vorliegen, werden sie bekanntgegeben und das nächste Wahlgeschäft in Angriff genommen.

://: Die Traktandenliste ist genehmigt.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 653

1 Anlobung von Susanne Speiser als Präsidentin des Bezirksgerichts Arlesheim

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** bittet die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Er fordert die vom Volk am 16. Mai 2004 zur Bezirksgerichtspräsidentin gewählte Susanne Speiser auf, zu geloben, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten des Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

Susanne Speiser: «Ich gelobe es!»

://: Susanne Speiser ist als Präsidentin des Bezirksgerichts Arlesheim angelobt.

Der **Landratspräsident** gratuliert Susanne Speiser und wünscht ihr in ihrem neuen Amt Fingerspitzengefühl, gerechte Entscheide und vor allem viel Freude.

Verteiler:

- Susanne Speiser, Hauptstrasse 34A, 4147 Aesch
- Bezirksgericht Arlesheim, Domplatz 5, 4144 Arlesheim
- Kantonsgericht
- Justiz-, Polizei- und Militärdirektion
- Landeskanzlei

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 654

2 Wahl der Präsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005**3 Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005**

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** bittet um Nominierungen für das Präsidium des Landrates und das Präsidium des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005.

Paul Schär schlägt namens der FDP-Fraktion Daniela Schneeberger zur Wahl als Landratspräsidentin vor. Ihr Amt als Vizepräsidentin hat sie engagiert und kompetent erfüllt. Ihre begeisterungsfähige Art und ihre hohe Identifikation mit dem Baselbiet sind wichtige Voraussetzungen für eine zukünftige Landratspräsidentin. Daniela Schneeberger freut sich riesig auf die neue Aufgabe und ist bereit, die dafür notwendige Zeit zu investieren.

Es ist gleich ein doppelter Freudentag für die FDP, denn sie darf auch Regierungsrat Adrian Ballmer zur Wahl als Regierungspräsident vorschlagen. Er wird bestimmt das Baselbiet und die Region spürbar – nach innen und aussen – vertreten. Als Regierungsrat verfügt er über eine hohe Akzeptanz, ist kompetent, verantwortungsbewusst, entscheidungsfreudig und auch bereit, Unangenehmes

anzupacken mit seiner ganzen Statur.

[Heiterkeit]

Der **Landratspräsident** bittet die Stimmzähler, die Stimmzettel auszuteilen.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 655

9 2003/228

Berichte des Regierungsrates vom 23. September 2003 und der Finanzkommission vom 1. Juni 2004: Gesamtrevision des Gesetzes über die Basellandschaftliche Kantonalkasse. 2. Lesung

2. Lesung

Es liegen keine Wortbegehren vor, und es wird kein Rückkommen beantragt.

Feststellung der Präsenz

Es sind 82 Landrätinnen und Landräte anwesend.

Schlussabstimmung

://: Der Landrat stimmt dem revidierten Gesetz über die Basellandschaftliche Kantonalkasse mit 78:4 Stimmen zu.

://: Die Motion 1995/184 von Dieter Völlmin «Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalkasse» wird stillschweigend abgeschrieben.

Beilage 1 (Gesetzestext)

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 656

10 2004/085

Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2004 und der Finanzkommission vom 14. Juni 2004: Staatsrechnung 2003

Kommissionsbericht

Der Präsident der Finanzkommission **Marc Joset** skizziert einleitend die mittelfristigen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Im letzten Jahr ist die Arbeitslosigkeit in der Schweiz und auch im Baselbiet etwas angestiegen. Die

aktuellen Wachstumsprognosen sind nun ein wenig besser. Allerdings werden sich die Arbeitslosigkeit und die Überalterung bremsend auf diese Entwicklung auswirken. Die Prognosen lassen also keine Euphorie zu.

Der Bund ist hoch defizitär und verschuldet, was sich auch auf die kantonalen Finanzen negativ auswirken wird, ebenso wie die verschiedenen Entlastungsprogramme des Bundes.

Die Rechnung schliesst mit einem Defizit von CHF 50 Mio. ab, was gegenüber dem Budget eine Verschlechterung von CHF 5,8 Mio. darstellt und gegenüber der Vorjahresrechnung eine Verschlechterung von CHF 6,9 Mio.

Es gibt allerdings Sonderfaktoren, die das Resultat massgeblich beeinflussen. Ohne diese sähe das Ergebnis etwas freundlicher aus. Zu diesen Sonderfaktoren gehört die Umstellung der Rechnungslegung zwischen Kanton und Gemeinden, was ein sinnvoller Schritt war, aber zu einer Lücke führte.

Der Selbstfinanzierungsgrad ist noch nicht allzu hoch, allerdings ist dabei zu erwähnen, dass der Kanton Basel-Stadt – im Gegensatz zu einigen anderen Kantonen – immerhin überhaupt noch über Eigenkapital verfügt, was nicht selbstverständlich ist. Allerdings wird die Eigenkapitaldecke dünner.

In der Finanzkommission wurde eingehend über den Revisionsbericht der Finanzkontrolle debattiert. Diese empfiehlt zwar die Staatsrechnung zur Annahme, macht aber einige einschränkende Hinweise: So müsste etwa der für eine allfällige Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse nötige Garantiebetrag als Rückstellung in der Staatsrechnung enthalten sein.

Des Weiteren weist die Finanzkontrolle darauf hin, dass die Kosten aus den Geschehnissen beim Tunnelbau am Chienberg und aus der Umsetzung des neuen Bildungsgesetzes nur schwer überschaubar sind.

Die Finanzkommission hat der Regierung für einige unbedingt an die Hand zu nehmenden Projekte verbindliche Termine gesetzt.

Die Regierung hat eine Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes auf Ende 2005 in Aussicht gestellt, in der diverse Korrekturen grundsätzlicher Art vorgenommen werden sollen.

Im Kommissionsbericht heisst es unter Punkt 3.1.3.9, *Zentrumsmedizinische Leistungen*, die Finanzkontrolle habe von der externen Revisionsstelle PWC nicht ausreichend Zugang zu den für ihre Prüftätigkeit relevanten Revisionsberichten erhalten. Das ist so nicht ganz richtig, war es doch die Basler Spitalverwaltung, welche die Berichte nicht weiterleitete.

Im Bezug auf die umstrittenen Zahlungen an die *basele sinfonietta* hat sich die Finanzkommission umfangreich dokumentieren lassen und ist zum Schluss gekommen, dass diese Zahlungen den Kompetenzregelungen laut Finanzhaushaltsgesetz widersprochen haben. Verschiedene Mitglieder verlangten eine Rückforderung dieser Mittel. Nun wird abgeklärt, ob eine solche Rückzahlung denkbar, d.h. vereinbar wäre mit den Grundsätzen von Treu und Glauben bzw. des Vertrauensschutzes. Der entsprechende Auftrag liegt beim Rechtsdienst.

Im Bezug auf den Antrag, den Prämienfonds aufzulösen, präzisiert der Kommissionspräsident, das restliche Guthaben soll an die Wirtschaftskammer überwiesen werden, da

diese die Aufgabe übernommen hat, den guten Lehrabgänger(inne)n ein Geschenk zu machen.

Die Finanzkommission beantragt mit 11:0 Stimmen, die Staatsrechnung 2003 anzunehmen.

Nach dem ersten Amtsjahr richtet der Präsident der Finanzkommission einen Dank an die Kommissionsmitglieder für die fairen Diskussionen und die tragfähigen Entscheide.

Die eindrücklichen Zahlen der Staatsrechnung zeigen, dass die überwältigende Mehrheit der rund 11'500 Mitarbeitenden im Kanton gute Arbeit leistet – kostenbewusst, effizient und mit sehr hoher Kompetenz. Auch ihnen gilt ein herzlicher Dank.

Die Moral bei den Mitarbeitenden hat allerdings in den letzten Monaten unter dem Eindruck der angekündigten Sparübungen und der damit verbundenen Unsicherheit etwas gelitten. Die Regierung und der Landrat sollen darauf achten, dass nicht einerseits zwar Millionen eingespart werden, andererseits aber gut qualifizierte Angestellte davonlaufen.

Eintretensdebatte

Die SP-Fraktion wird die Rechnung genehmigen, wie **Annemarie Marbet** ankündigt. Trotz des vielen Jammerns und Sparens steht fest, dass die finanzielle Lage des Kantons nicht allzu gravierend ist. Die Regierung und der Landrat jammern auf relativ hohem Niveau.

Die SP fordert weiterhin, dass der Staat sich in wirtschaftlich schlechten Zeiten antizyklisch verhält. Daher soll die Regierung die Investitionen auf sehr hohem Niveau halten.

Der Bund hat auch im 2003 relativ vieles auf die Kantone überwältigt, was zur Verschlechterung der Baselbieter Rechnung beiträgt, ebenso wie die neue Buchungspraxis im Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden. Unter Berücksichtigung dieser beiden Sonderfaktoren betrüge das Defizit nur noch CHF 11,9 Mio., was in der heutigen Zeit nicht schlecht wäre. Der Kanton und seine Mitarbeitenden haben also gut und effizient gearbeitet und gemäss dem Budget viel gespart. Die Verwaltung funktioniert tipp-topp.

Die berechtigten Hinweise der Finanzkontrolle auf einige Mängel werden weiter verfolgt, besonders die Risikoabschätzung bei der BLPK und beim Chienbergtunnel. Diese Themen sind aber gesondert zu behandeln und nicht im Rahmen der Rechnungs-Debatte.

Zu begrüssen sind die etlichen vorgenommenen Kreditverschiebungen, welche das Finanzhaushaltsgesetz stützt. Sie erlauben Flexibilität und Optimierung von Projekten.

Im Rahmen des Budgets 2005 wird die SP aber verlangen, wichtige Investitionen zu priorisieren, um festzulegen, was der Kanton in den nächsten Jahren unbedingt verwirklichen soll.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 657

2 Wahl der Präsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005 (Fortsetzung)

3 Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005 (Fortsetzung)

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** verkündet die Resultate der beiden Wahlgeschäfte.

Wahl der Landratspräsidentin

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	84
Zahl der leeren Wahlzettel	2
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	82
Absolutes Mehr	43

://: Gewählt ist mit 75 Stimmen Daniela Schneeberger.

[Applaus]

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** beglückwünscht seine Nachfolgerin.

Wahl des Regierungspräsidenten

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	84
Zahl der leeren Wahlzettel	12
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	72
Absolutes Mehr	37

://: Gewählt ist mit 72 Stimmen Adrian Ballmer.

[Applaus]

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** gratuliert Adrian Ballmer zur Wahl und kündigt aus Anlass der Wahl von Daniela Schneeberger zur Landratspräsidentin den Auftritt der Tänzerin Lilian Tscherter mit ihrem Begleitmusiker Pedro Navarro an. Lilian Tscherter besuchte in Paris die Theaterschule und vervollständigte ihre Ausbildung mit einem anschliessenden Bewegungsstudium. Darüber hinaus studierte sie klassischen spanischen Tanz, bis sie in Andalusien ihre Leidenschaft für den Flamenco entdeckte.

[Applaus]

[Darbietung]

[Applaus]

Daniela Schneeberger erklärt mit ihrer Antrittsrede Annahme der Wahl zur Landratspräsidentin:

«Herr Landratspräsident,
Herr Regierungspräsident,
Geschätzte Mitglieder des Regierungsrates,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Medienvertreter,
sehr verehrte Gäste und Fanclub aus Thürnen

Für die sehr ehrenvolle Wahl zu eurer Präsidentin danke ich euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz herzlich. Mit meiner heutigen Wahl habt ihr in der Geschichte unseres Parlamentes einerseits zum sechsten Mal eine Frau, andererseits die bisher jüngste Landratspräsidentin gewählt. Ihr habt damit eine kleine historische Wegmarke gesetzt.

Ich erachte es keineswegs als selbstverständlich, dass ihr mich nach einer relativ kurzen Landratstätigkeit von nur fünf Jahren bereits in das höchste Amt des Parlaments gewählt habt. Ihr dürft sicher sein, dass ich während meines Präsidialjahres alles daran setzen werde, diesem grossen Vertrauensbeweis würdig und gerecht zu werden. Es mir nun ein Anliegen zu danken:

Zu allererst natürlich meiner Fraktion, die mich vor einem Jahr als Vizepräsidentin und heute als Präsidentin vorgeschlagen hat. Ich bin der freisinnigen Landratsfraktion von ganzem Herzen dankbar und weiss die hohe Ehre, die sie mir, meiner Familie und meiner Gemeinde Thürnen damit erweist, natürlich sehr zu schätzen. Ich danke meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen ganz herzlich für das in mich gesetzte Vertrauen und die grosse Unterstützung, welche ich von ihnen erhalten habe.

Danken möchte ich auch meinem ‚Chef‘, dem bis Mitte Jahr amtierenden Landratspräsidenten Hanspeter Ryser. Mit ihm als Lehrmeister durfte ich ein äusserst angenehmes, lehrreiches und im wahrsten Sinne des Wortes fruchtendes Jahr als Vizepräsidentin erleben. Lieber Hanspeter, herzlichen Dank für die immer gute und freundschaftliche Zusammenarbeit, die wir miteinander pflegten.

Auch für die feurige und temperamentvolle Darbietung von Lilian Tschertter und Pedro Navarro, von der ich bis zuletzt nichts gewusst hatte, möchte ich ganz herzlich danken. Es hat mir absolut gefallen. Ihr wisst vielleicht, dass ich selber ein ‚Tanzfüdle‘ bin. Der Flamenco fasziniert mich unwahrscheinlich, und ich möchte diesen Tanz auch gerne einmal selber lernen.

Mit der heutigen Wahl habt ihr mir euer Vertrauen über alle Parteigrenzen hinweg entgegengebracht. In diesem Sinne will ich auch eine Präsidentin aller Landrätinnen und Landräte sein und bewusst über allfälligen Parteigräben stehen und wirken.

Ich wünsche uns allen eine glückliche Hand und die Kraft, die nicht unbedingt leichten Aufgaben, die wir noch vor uns haben (z.B. GAP), im Interesse des Baselbiets zu lösen. Und dabei, d.h. bei unserem Handeln, sollten wir uns stets das Wohl des Volkes, also der Baselbieterinnen und Baselbieter, vor Augen halten und uns davon leiten lassen. Ich habe eine riesige Freude, euch und eure Partnerinnen und Partner im Namen des OKs und der Gemeinde Thürnen zu unserem Fest heute Abend in Thürnen ganz

herzlich einladen zu dürfen. Ich hoffe, dass ich euch heute Abend alle sehen werde und dass wir gemeinsam ein fröhliches, kameradschaftliches Fest verbringen dürfen. Vielen Dank!»

[Applaus]

Auch Landratspräsident **Hanspeter Ryser** bedankt sich für die Tanzdarbietung. Es ist eindrücklich, was man alles... – bewegen kann.

[ausgelassene Heiterkeit, allmählich in Applaus übergehend]

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 658

4 Wahl des Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005

5 Wahl der Vizepräsidentin des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005

Der **Landratspräsident** bittet um Nominierungen für die Wahl des Vizepräsidenten des Landrates.

Ruedi Brassel schlägt, passend zum vorangegangenen bewegenden Moment, eine ebenfalls sehr temperamentvolle Persönlichkeit zur Wahl als Vizepräsident des Landrates vorzuschlagen, nämlich Eric Nussbaumer, einen gewieften und profilierten Politiker. Er ist ein Parlamentarier mit Leib und Seele, der Gewähr dafür bietet, dass er sich mit aller Energie für das Parlament einsetzen wird. Das hat er – bei aller Ernsthaftigkeit – auch bereits spielerisch bewiesen, und zwar als *Captain* des FC Landrat, der vom ersten Match an eine Linie ins Spiel gebracht, den Überblick behalten und die Bälle genial verteilt hat. Das wird er auch als Landratsvizepräsident tun.

Dass Eric Nussbaumer auch ein eingespieltes Team mit der neuen Landratspräsidentin bildet, wurde an verschiedenen Landratsabenden schon unter Beweis gestellt.

Er werde keinen Gegenkandidaten präsentieren, sagt **Jörg Krähenbühl** beruhigend an die Adresse Eric Nussbauers. Oft heisst es: «Wahltag = Zahltag», und dies wurde offenbar 2003 bei der Wahl von Hanspeter Ryser zum Landrats- und von Erich Straumann zum Regierungspräsidenten beherzigt, gab es doch damals sehr viele leere und ungültige Stimmzettel.

Ein solches Verhalten geziemt sich aber nicht. Es gibt bei der Behandlung von Sachgeschäften genügend Gelegenheiten, sich gegenseitig den Spiegel vorzuhalten. Aber gezielte Manöver bei Wahlen akzeptiert die SVP nicht. Sie unterlässt deshalb heute jegliche Form von Retourkutsche, obwohl sie bei der Wahlsitzung vor einem Jahr angekündigt hat, den Affront zurückzuzahlen. Die SVP möchte offen politisieren und den Gegner respektieren. Nur so kommt man in der Politik voran. Daher wird Eric Nussbaumer die Stimmen der SVP erhalten, und es ist zu

hoffen, dass sich alle Landrätinnen und Landräte bei einer nächsten Gelegenheit daran erinnern werden.

[Applaus]

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** bittet um Nominationen für die Wahl der Vizepräsidentin des Regierungsrates.

Peter Zwick betont, es sei für die CVP/EVP-Fraktion eine Freude und eine Ehre, dem Rat die jung gebliebene und attraktive Regierungsrätin Elsbeth Schneider – die erste Frau in der Baselbieter Regierung – vorzuschlagen. Sie wird in ihrer zehnjährigen Tätigkeit als Regierungsrätin und Bau- und Umweltschutzdirektorin zum dritten Mal für dieses Amt der Regierungsvizepräsidentin empfohlen.

Der **Landratspräsident** bittet die Stimmzähler, ihres Amtes zu walten.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Böckow, Landeskanzlei

*

Nr. 659

10 2004/085

Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2004 und der Finanzkommission vom 14. Juni 2004: Staatsrechnung 2003 (Fortsetzung)

Fortsetzung der Eintretensdebatte

Die SVP-Fraktion ist mit der vorliegenden Rechnung, so **Helen Wegmüller**, nicht zufrieden. Sie schliesst mit einem Fehlbetrag von CHF 50 Mio. ab, der Personal- und Sachaufwand hat wieder zugenommen und liegt auch über dem budgetierten Wert.

Auf der Einnahmenseite bleibt der Gesamtsteuerertrag leicht über dem Budget, bleibt aber hinter den letztjährigen Erwartungen zurück.

Dass die Entgelte weiter ansteigen, sieht die SVP nicht besonders gerne, denn es handelt sich um indirekte Steuern, die dem Bürger aufs Auge gedrückt werden.

Die Neuverschuldung wird weiter steigen. CHF 220 Mio. oder 10 % des Baselbieter Haushalts fliessen jährlich nach Basel-Stadt.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 58 %, und eine Trendumkehr dieses negativen Verlaufes ist nicht in Sicht. 42 % der Rechnung werden mit Fremdkapital finanziert. Die Generelle Aufgaben-Überprüfung schafft hoffentlich Abhilfe. Aber leider wird nicht nur gespart, sondern es werden neue Einnahmen generiert, also wird wiederum der Bürger belastet.

Drei Mitglieder der SVP-Fraktion werden der Rechnung zustimmen, der Rest wird sich der Stimme enthalten.

Auf die vorangegangene Tanzeinlage anspielend, bemerkt **Anton Fritschi**, am liebsten würde er sein Votum jetzt auch in der Form eines Flamingos vortragen,...

[grosse Heiterkeit]

...was aber nicht gelingt – dies ist wohl der trockenen Materie auch eher angemessen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf die Rechnung 2003.

Das finanzpolitische Ziel – die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Aufwand und Ertrag – wird mit dem vorliegenden Abschluss nicht erreicht. Werden aber die erwähnten Sonderfaktoren mit berücksichtigt, kann positiv festgestellt werden, dass der Kanton auf dem richtigen Weg ist.

Trotz dieses Silberstreifs am Horizont besteht weiterhin Handlungsbedarf, und der Kantonshaushalt hat immer noch Strukturprobleme. Der Finanzplan 2005-2007 zeigt auf, dass er nur mit strukturellen Massnahmen und Eingriffen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Die Umsetzung der GAP-Massnahmen ist eine *conditio sine qua non*.

In der Investitionsrechnung wird das budgetierte Ausgabenvolumen um CHF 1,2 Mio. überschritten, die Einnahmen hingegen überschreiten erfreulicherweise den Budgetwert um CHF 5,7 Mio. Der Vergleich zur Rechnung 2002 zeigt, dass die Nettoinvestitionen um über CHF 5 Mio. zugenommen haben – ein positiver Aspekt in Anbetracht der heutigen konjunkturellen Situation.

Weiter sticht ins Auge, dass neben dem Sachaufwand der Personalaufwand um CHF 56 Mio. bzw. 7,2 % gestiegen ist. Dass es sich dabei vorwiegend um strukturelle Faktoren handelt, ist ein kleiner Trost. Auch hier herrscht Handlungsbedarf.

Wird die Entwicklung des Leistungsaustausches mit Basel-Stadt betrachtet, fällt auf, dass der Kanton Basel-Landschaft rund 10 % des laufenden Haushalts für die Abgeltung von Leistungen vornehmlich in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Kultur aufwendet. Diese Entwicklung muss kritisch betrachtet werden. Wo es sinnvoll und zweckmässig ist, müssen gemeinsame Lösungen auch inskünftig geprüft und durchgeführt werden. Im andern Fall muss das Baselbiet aber auch den Mut haben, selbständige oder andere Lösungen zu suchen.

Der Selbstfinanzierungsgrad als wichtige Beurteilungsgrösse ist mit 58,3 % respektive CHF 85 Mio. um vier Prozent besser als budgetiert, aber dennoch schlechter als im Vorjahr. Er ist immer noch ungenügend und liegt deutlich unter dem Soll von 75 % gemäss Buschor-Modell bzw. von 100 % gemäss den Vorgaben des Landrates. Auch hier besteht also Handlungsbedarf.

Die Staatsquote hat sich 2003 erstmals seit drei Jahren – positiverweise – um einen halben Prozentpunkt zurückentwickelt. Leider zeichnet sich bereits jetzt für das laufende Jahr eine Trendumkehr ab. Die Staatsaufgaben dürften wiederum stärker ansteigen als das kantonale Volkseinkommen – eine Entwicklung, welche sehr kritisch verfolgt werden muss.

Seit 1991 ist der Finanzierungssaldo, mit Ausnahme von 1996, stets negativ. Das heisst, die Verschuldung nimmt laufend zu. Im Gegenzug hat sich das Eigenkapital in den letzten Jahren von über CHF 300 Mio. auf 178 Mio. verringert.

Es ist bedauerlich, dass noch keine Mittelflussrechnung existiert, die für mehr Transparenz sorgen und die Liquidität besser darstellen würde.

Trotz der drei Vorbehalte der Finanzkontrolle beantragt die FDP-Fraktion, die Staatsrechnung 2003 zu genehmigen.

Sie erwartet aber, dass die im Bericht der Finanzkontrolle enthaltenen Feststellungen und Forderungen ernst genommen und befolgt werden. Insbesondere muss die Regierung via den Rechtsdienst den Sachverhalt und die Rechtsgrundlage im Zusammenhang mit der Auszahlung von CHF 250'000 an die *basel sinfonietta* unverzüglich klären und darüber berichten, so dass der Landrat gegebenenfalls unverzüglich handeln könnte.

Abschliessend ergeht von der FDP ein herzlicher Dank an den Finanzkommissionspräsidenten für seine grosse Arbeit und die konstruktive Zusammenarbeit in der Kommission.

Als Sprecher der CVP/EVP-Fraktion hält **Thomi Jourdan** fest, dass die Rechnung nicht ganz so schlecht ausgefallen sei, wie es auf den ersten Blick scheint. Nach Ausklammerung der Sonderfaktoren bleibt ein Defizit von gerade noch knapp CHF 12 Mio. übrig.

Natürlich könnte man nun noch verschiedene Einzelpunkte ansprechen, lamentieren, über die angespannte Situation der BLPK nachdenken, über die Buchungspraxis von bereits bekannten, aber nicht in der Rechnung enthaltenen Kostenfaktoren wie Chienbergtunnel oder Bildungsgesetz diskutieren, sich Gedanken zur Ferienzeit- und Überstundenabgeltung machen, ein mediales Schaulaufen zum Besten geben – dabei ist etwas in dieser Debatte viel wichtiger, nämlich die Frage: Wo nimmt der Landrat seinen globalen finanziellen Handlungsspielraum wirklich wahr? Das Parlament genehmigt nun eine Rechnung, diskutiert über Feststellungen, gibt diese über die Finanzkontrolle an die Verwaltung und die Regierung weiter, sagt «Ja, aber», «aber dennoch» und «trotzdem» und zum Schluss immer wieder «Ja, Amen!»

Bald wird schon wieder über das Budget diskutiert und darüber, ob es jetzt fünf Budgetpostulate braucht oder vierzig, am Schluss wird festgestellt, dass trotzdem nichts Substanzielles verändert worden ist, und von der Regierungsbank wird wieder gesagt, das Parlament sei viel zu spät dran, es hätte früher Einfluss nehmen müssen; auch darauf folgt wieder zwanzig Minuten lang eine heisse Diskussion, ein kleines mediales Schaulaufen nach dem Motto «Fünf Franken hier, zweihunderttausend Franken dort», und dann wird wieder festgestellt, dass die Regierung – zu Recht – sagt, der Rat hätte schon bei der Erstellung der Budgettrichtlinien aktiv werden sollen.

Genau deshalb macht sich aber Ernüchterung breit. Vor kurzem hat es die Finanzkommission wieder einmal bei einer reinen Zurkenntnisnahme ebendieser Budgettrichtlinien belassen und festgestellt, dass sie nicht mehr viel zu schraubeln hatte, weil sie gar keinen Einblick in Details nehmen konnte. Die Regierung wirft dem Parlament vor, dauernd kostenwirksame Vorstösse abzusegnen.

Der Landrat muss nun endlich einmal klare finanzpolitische Ziele setzen und so ein unbequemer Partner für Regierung und Verwaltung werden. In der Finanzkommission geht es nett zu und her, manchmal vielleicht zu nett. Denn Entscheide des Regierungsrates sind nicht sakrosankt.

Es ist etwas frustrierend, dass diesem Parlament der Biss fehlt.

Unter dem Strich sagt auch die CVP/EVP-Fraktion Ja zur vorliegenden Rechnung, dankt der Regierung und der Verwaltung aufrichtig für ihre Anstrengungen, dieses

Resultat zu erreichen, und ist froh, dass mit GAP eine gewisse Zielsetzung vorgegeben ist.

Nun müssen die Landrätinnen und Landräte wieder in die Hosen steigen und mehr Verantwortung übernehmen, unbequemer werden und fair, aber hart *fighten* mit der Regierung, statt immer nur zur Kenntnis zu nehmen.

Mit einem Minus von CHF 50 Mio. kann die grüne Fraktion nicht zufrieden sein, leitet **Jürg Wiedemann** sein Eintretensvotum ein. Der Kanton muss vor allem das strukturelle Defizit in den Griff bekommen.

Mit dem Staatshaushalt ist sorgfältig umzugehen. Deshalb haben sich die Grünen immer wieder gewehrt gegen Projekte, die grosse Löcher in die Kasse gerissen haben wie etwa der Chienbergtunnel. Nun bleibt wohl nichts anderes übrig, als GAP durchzuführen – obwohl die Rechnung nur wegen der erwähnten Verbuchungslücke so schlecht aussieht und 2003 auch insgesamt ein wirtschaftlich schwaches Jahr war.

In den kommenden Jahren ist, schenkt man den Prognosen Glauben, ein wirtschaftlicher Aufschwung zu erwarten. Trotzdem herrscht Handlungsbedarf.

Von voreiligen Sparmassnahmen ist allerdings abzusehen. Es ist darauf zu achten, dass nicht in Bereichen gespart wird, die die Staatsrechnung nur kurzfristig verbessern, mittel- und langfristig aber zu negativen finanziellen Konsequenzen führen.

Weil jede Regierung den Wunsch hegt, in ihrer Amtszeit eine ausgeglichene Rechnung präsentieren zu können, besteht die Gefahr, dass vor allem zu kurzfristig finanzwirksamen Sparmassnahmen gegriffen wird, deren Auswirkungen erst sehr viel später spürbar werden und dann von nachfolgenden Regierungen ausgebadet werden müssen. Diese Aspekte müssen bei der Generellen Ausgaben-Überprüfung berücksichtigt werden. Gerade in der Umwelt- und im Bildungsbereich müssen Sparübungen sorgfältig abgewogen und können nur dann akzeptiert werden, wenn langfristig mit keinen negativen Konsequenzen gerechnet werden muss. Vor allem dürfen keine Sparübungen durchgeführt werden, welche die Zukunftschancen unserer Kinder vermindern.

Die Verbesserung der Staatsfinanzen hat nachhaltig zu erfolgen. Ein wichtiger Schritt wäre, die im letzten Jahr beschlossenen massiven und unter dem Aspekt der schwierigen Finanzlage völlig grotesken Steuersenkungen wieder rückgängig zu machen bzw. gar nicht erst umzusetzen, also etwa die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge, die Abschaffung bzw. Minderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen, die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung und die Verrechnungsmöglichkeiten betrieblicher Verluste bei der Grundstückssteuer.

Die grüne Fraktion nimmt die Staatsrechnung an, verbunden mit der Hoffnung und Erwartung, dass die Regierung ausschliesslich auf nachhaltige Sparmassnahmen setzt und nicht auf kurzfristige Seifenblasen.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 660

4 Wahl des Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005 (Fortsetzung)

5 Wahl der Vizepräsidentin des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005 (Fortsetzung)

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** gibt die Resultate der beiden Vizepräsidiums-Wahlen bekannt.

Wahl des Landrats-Vizepräsidenten

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	85
Zahl der leeren Wahlzettel	6
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	79
Absolutes Mehr	40

://: Gewählt ist mit 67 Stimmen Eric Nussbaumer.

[Applaus]

Der **Landratspräsident** beglückwünscht Eric Nussbaumer zur Wahl, verzichtet wegen dessen schlechter Rasur aber auf ein Küsschen.

[Heiterkeit]

Wahl der Vizepräsidentin des Regierungsrates

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	85
Zahl der leeren Wahlzettel	22
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	63
Absolutes Mehr	32

://: Gewählt ist mit 63 Stimmen Elsbeth Schneider.

[Applaus]

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** gratuliert Elsbeth Schneider zur Wahl.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 661

6 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** bittet die Fraktionen um Nominierungen für das Büro.

Die SP nominiert, so **Ruedi Brassel**, neben dem neuen Vizepräsidenten wiederum Heinz Aebi.

Jörg Krähenbühl gibt bekannt, dass die SVP nebst dem bisherigen Büromitglied Sylvia Liechti neu Urs Hess nominiert.

FDP-Fraktionspräsident **Paul Schär** schlägt neben der neuen Präsidentin auch Toni Fritschi zur Wiederwahl vor.

Die CVP entsendet auch im nächsten Amtsjahr Matthias Zoller ins Büro, wie **Peter Zwick** mitteilt.

Es liegen keine weiteren Nominierungen vor, und es erhebt sich kein Einwand gegen Stille Wahl.

://: Das Büro des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005 besteht aus Präsidentin Daniela Schneeberger, Vizepräsident Eric Nussbaumer, Heinz Aebi, Anton Fritschi, Urs Hess, Sylvia Liechti und Matthias Zoller.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 662

7 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Oberrheinrates für den Rest der Amtsdauer vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2007

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** teilt mit, dass Dieter Musfeld und Heinz Aebi ihren Rücktritt aus dem Oberrheinrat erklärt haben, und bittet um Nominierungen für deren Nachfolge.

Namens der SP-Fraktion schlägt **Ruedi Brassel** Bea Fuchs vor. Als Gemeinderätin von Allschwil und Mitglied der Nachbarschaftskonferenz ist sie eine Expertin der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Paul Schär gibt bekannt, dass die FDP-Fraktion Anton Fritschi nominiert, der über alle für dieses Mandat erforderlichen Voraussetzungen verfügt.

Es gibt keine weiteren Nominierungen, und der Rat ist mit Stillen Wahl einverstanden.

://: Bea Fuchs und Anton Fritschi sind für den Rest der Amtsdauer von 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2007 als Mitglieder des Oberrheinrates gewählt.

Der **Landratspräsident** gratuliert den beiden Gewählten.

[Applaus]

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 663

10 2004/085

Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2004 und der Finanzkommission vom 14. Juni 2004: Staatsrechnung 2003 (Fortsetzung)

Fortsetzung der Eintretensdebatte

In den Augen **Rudolf Kellers** kommt die Rechnung wie ein Flamingo daher: Sie ist leider ein bisschen rot.

Das Defizit von rund CHF 50 Mio. erfüllt die Schweizer Demokraten mit Besorgnis, auch wenn versucht wird, dieses Minus mit allerlei Zusatzklärungen zu verwedeln und herunterzuspielen.

Der Bund wälzt immer mehr Kosten auf die Kantone ab, und das ist eine unangenehme Sache für die Kantone – aber es ist eigentlich nichts Neues. Drum ist es ziemlich erstaunlich, dass auch diese Begründung als Erklärung für die schlechte Finanzlage herhalten muss.

Dass der Selbstfinanzierungsgrad, ein wichtiges Merkmal der Rechnung, auch weiter gesunken ist, ist alarmierend. Dies ist Ausdruck einer bedenklichen Entwicklung.

Die Finanzkommission prangert zu Recht die Überstundensituation an. Dieser Kampf wird nicht nur im Kanton, sondern auch auf Bundes- und Gemeindeebene geführt. Das rührt daher, dass die Verwaltung unter immer grösserem Zeitdruck immer mehr Arbeit bewältigen muss. Die Forderung, Überstunden abzubauen, ist in Tat und Wahrheit kaum umsetzbar. Wenn dann künftig sogar noch Stellen abgebaut werden, sieht es noch schlimmer aus.

Wenn die Spitäler ein Globalbudget anwenden, obwohl das gesetzlich gar nicht erlaubt ist – und zwar Jahr für Jahr –, kann man nur noch staunen. Die Finanzkontrolle hat dies immer wieder festgehalten, wird aber nie erhört. So darf man die Finanzkontrolle nicht ins *Offside* laufen lassen.

Dass im Zusammenhang mit der Sinfonietta alle Kompetenzen überschritten wurden und dem Parlament lange nicht gesagt werden konnte, wie viel bezahlt worden ist, wirft ein bedenkliches Licht auf die Verantwortlichen. Zum Glück gibt es hierzu nächstens eine klärende Volksabstimmung!

Wenn die Finanzkontrolle feststellt, es sei nicht überprüfbar, wie die Deckungslücken bei der Pensionskasse geschlossen werden sollen, dann ist das im höchsten Masse alarmierend. Es fehlt offensichtlich ein Sanierungskonzept. Das ist unglaublich. Die Firma, bei der der Sprechende arbeitet, hat dies so gelöst, dass die Angestellten zwei Lohnprozente mehr zahlen müssen, um ihre Pensionskasse zu sanieren. Dies wurde von allen ohne Murren akzeptiert – es blieb ihnen nichts anderes übrig.

Was den Schweizer Demokraten an den Baselbieter Staatsfinanzen nicht gefällt, ist die Tatsache, dass das Baselbiet immer mehr an Basel-Stadt zahlen muss. Das Defizit im Baselbiet steigt jedes Jahr, was eine weitere Sparübung notwendig macht. Im Grundsatz stehen die SD hinter solchen Sparanstrengungen. Dass es vielen weh tun wird, ist klar. Aber Handeln ist nun angesagt.

Vom schlechten Rechnungsabschluss nehmen die Schweizer Demokraten Kenntnis.

Auch Regierungsrat **Adrian Ballmer** findet die Staatsrechnung 2003 nicht befriedigend, aber unter Berücksichtigung der ausserordentlichen Einflüsse durchaus akzeptabel.

Das faktische Betriebsergebnis ist deutlich besser und stellt den Direktionen und Dienststellen im Allgemeinen ein gutes Zeugnis aus. Um die Ausgangslage beneiden viele Kantone das Baselbiet, aber der Haushalt ist strukturell überlastet, und für eine nachhaltige Trendumkehr braucht es die Generelle Aufgaben-Überprüfung. Diese Vorlage geht demnächst in die Vernehmlassung. Ohne GAP ist eine Gesundung nicht möglich; daher führt kein Weg daran vorbei. Allerdings dürfen sich dann nicht die Beteiligten – Regierung, Parlament und Volk – gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben.

Im Folgenden nimmt der Finanzdirektor Stellung zu einigen der vorangegangenen Voten:

– zu **Annnemarie Marbet**: Die Nationalbank hat gerade ihren Zinssatz um ein ¼-Prozent angehoben, was auf einen Wachstumsanstieg hindeutet. Demgemäss müsste der Kanton, wollte er sich antizyklisch verhalten, jetzt erst recht zurückhaltend sein statt die Schleusen zu öffnen.

[Heiterkeit]

– zu **Helen Wegmüller**: Die Stunde der Wahrheit schlägt nicht heute, sondern während des ganzen Jahres und vor allem dann, wenn über GAP entschieden wird. Eine Enthaltung zur Staatsrechnung ist ganz sicher kein Lösungsansatz. Es gibt keinen Grund, sie nicht zu genehmigen. Wenn es um die Generelle Aufgaben-Überprüfung geht und wenn während des Jahres Prioritäten über Ausgabenbeschlüsse zu setzen sind, ist die Unterstützung aller nötig. Die Prioritäten sind dem Regierungsprogramm zu entnehmen.

– zu **Toni Fritschi**: Der Finanzdirektor kann sich nicht mit einem Flamingo vergleichen, denn dafür verfügt er über eine zu gute Bodenhaftung, und in seinem Beruf ist es gut, dass er nicht so leicht abhebt.

[Heiterkeit]

– zu **Thomi Jourdan**: Die Kantonsfinanzen sind ein überdeterminiertes System; über $\frac{4}{5}$ der Ausgaben sind gebunden in Bundes- oder kantonalen Gesetzen und in Staatsverträgen. Diese Ausgaben können nicht einfach so im Budgetprozess abgeändert werden. Die geforderten Ziele jedoch sind im Regierungsprogramm vorgegeben. Dort steht ganz klar, welches die Prioritäten sind. Die Regierung und das Parlament können gemeinsam etwas bewegen, wenn sie wollen, denn den Spielraum haben sie, allerdings nicht kurzfristig. Angesetzt werden muss dazu bei den ausgabenwirksamen Beschlüssen. Dies sind sehr häufig Gesetze, die Standards setzen und zu gebundenen Ausgaben führen – dann bleibt kein Spielraum mehr ausser den Scheck auszufüllen.

– zu **Jürg Wiedemann**: Den Staatshaushalt im Griff zu haben, ist auch eine ethische Frage aus Respekt vor den kommenden Generationen. Richtig ist nur, was auch mittel- und langfristig richtig ist. Das Ziel der Regierung ist die Nachhaltigkeit, die durch drei Aspekte definiert wird, nämlich Ökologie, Ökonomie und Soziales. Alle diese drei Aspekte berücksichtigt die Regierung mit der Priorisierung ihrer Ausgabenbeschlüsse. Gerade Investitionen in die Bildung sind wichtig, was aber nicht heisst, dass sie nicht sporadisch überprüft werden. Nur weil die Etikette «In-

vestition» dran hängt, heisst das noch nicht, dass es wirklich eine solche ist. Am 22. Juni 2004 hat die Regierung ein in Sachen Arbeitsplätze und Steuersubstrat ganz wichtiges Unternehmen der Region besucht (Clariant), und dort wurde betont, dass die steuerliche Belastung nicht der einzige, aber ein wichtiger Aspekt für die Standortwahl ist. Es geht nun darum, dass das *Headquarter* dieses Konzerns im Baselbiet konzentriert wird – bei einem solchen Entscheid spielen Steuern eine Rolle. Wenn das *Headquarter* woanders hin verlegt wird, wirkt sich das negativ auf die Arbeitsplätze und die Steuereinnahmen aus. Auch in dieser Hinsicht muss der Aspekt der Nachhaltigkeit beachtet werden. Es ist häufig sinnvoller, eine vernünftige Steuerbelastung zu haben und dafür das Steuersubstrat längerfristig im Kanton zu halten.

– zu *Rudolf Keller*: Die Regierung setzt sich dafür ein, die Deckungslücke bei der BLPK weg zu bekommen und eine 100%-ige Deckung zu erreichen. Die Lage darf aber weiss Gott nicht dramatisiert werden. Es gibt Kapitaldeckungsverfahren und Umlageverfahren, und bei der BLPK gibt es – was bei öffentlichen Kassen zulässig ist – ein gemischtes Verfahren, seit es diese Kasse gibt. Die BLPK kam nur einmal auf eine Deckung von knapp 100 %, und dies bloss wegen einer Börsen-Hausse; sonst lag die Deckung etwa bei 80 % oder sogar darunter. Eine Steigerung des Deckungssatzes ist nicht kurzfristig mit einem Kraftakt möglich, mittel- bis längerfristig sollte es aber zu erreichen sein. Eine entsprechende Vorlage wird dem Landrat vorgelegt werden.

Die Regierung bittet den Landrat, auf die Staatsrechnung 2003 einzutreten und sie zu genehmigen.

://: Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung Staatsrechnung 2003

Teil A

Allgemeine Verwaltung kein Wortbegehren

Finanz- und Kirchendirektion kein Wortbegehren

Volkswirtschafts- u. Sanitätsdirektion kein Wortbegehren

Bau- und Umweltschutzdirektion kein Wortbegehren

Justiz, Polizei- und Militärdirektion kein Wortbegehren

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Thomi Jourdan hat gesagt, Landräte müssten hin und wieder etwas unbequem sein, und das will **Dieter Völlmin** jetzt auch sein, obwohl es zwischen all den Gratulationsküsschen, Blumensträssen, Flamencos und Flamingos schwer fällt.

Es geht um die Art und Weise, wie mit der Budgetposition «basel sinfonietta» 2003 umgegangen worden ist, also weniger um den Betrag von CHF 250'000.

Im Zusammenhang mit der Behandlung der Subvention an das Orchester für 2004-2006 wurde die Frage laut, was eigentlich im 2003 bezahlt worden sei. Die Antwort des BKSD-Vorstehers war nicht gerade eindeutig, weshalb in

einer Fragestunde nachgehakt wurde. Diese Frage wurde in sehr selbstbewusster Weise beantwortet.

Danach zeigten aber Recherchen – sowohl von Dieter Völlmin als auch von der BKSD selbst –, dass das, was die Direktion damals als definitiv und wirklich richtig bezeichnet hatte, eben doch nicht stimmte. Die BKSD entschuldigte sich daraufhin. Je länger je mehr ist nun aber festzustellen, dass sich das Bedauern bei der Direktion in Grenzen hält und sich wohl mehr darauf bezieht, dass die ganze Sache aufgefliegen ist und nicht goutiert wird. Denn anders ist nicht zu erklären, dass die BKSD nicht versucht, den Fehler zu korrigieren, sondern ihn im Gegenteil zementieren möchte: Eine Rückforderung wird mit dem Hinweis auf Treu und Glauben abgelehnt.

Man kann sich aber nicht auf Treu und Glauben berufen, wenn man in einer Vorlage selber schreibt, es handle sich um eine «provisorische Subvention» für das Jahr 2003. Im Protokoll des Landrates ist nachzulesen, was der damalige Regierungsrat Peter Schmid im Dezember 2002 – es ging um einen Antrag auf Streichung der Subvention – im Parlament sagte, nämlich: «*Selbstverständlich bedinge die Unterstützung der Sinfonietta eine Vorlage, und in diesem Zusammenhang könne auch die inhaltliche Debatte stattfinden.*»

Dass Fehler passieren, kann und muss man akzeptieren. Dies ist allerdings ein sehr schwer verständlicher Fehler, wenn man es denn überhaupt Fehler nennen will. Wenn ein Regierungsrat mehrfach, mündlich und schriftlich, erklärt, dass ein solcher Budgetbeschluss keine Freigabe des Geldes bedeutet, und dann ein paar Monate später ausdrücklich einer solchen Auszahlung zustimmt, dann nimmt man erstaunt zur Kenntnis, was für ein schlechtes Gedächtnis gewisse Regierungsmitglieder offenbar haben. Es liegt ein Affront vor gegen den Landrat. Regierungsrat Adrian Ballmer hat ausgeführt, dass ein grosser Teil der Ausgaben gesetzlich gebunden ist. Dann sollte man aber wenigstens jene Ausgaben, die nicht beschlossen sind, nicht auch noch vornehmen.

Es ist nicht akzeptabel, dass nun Regierungsrat Urs Wüthrich versucht, die Situation so, wie sie jetzt ist, zu zementieren. Plötzlich taucht der Begriff «Übergangsfiananzierung» auf. Damit wird eine neue Kategorie von Ausgaben suggeriert, für die dann möglicherweise die Kriterien des Finanzhaushaltsgesetzes nicht ganz so streng gelten würden.

Es handelt sich um ein Thema, bei dem man nicht allzu viel Kritik von den Medien riskiert. Und diese Kritik wird bei der Regierung oft ernster genommen als Kritik aus dem Landrat. Man stelle sich folgendes Szenario vor: Im Budget sind einige Millionen Franken für einen Projektionskredit der BUD für die Umfahrung Laufen-Zwingen enthalten, dann wird diese Budgetposition zurückgestellt mit dem Hinweis, es brauche erst eine Vorlage; ein Jahr lang passiert gar nichts, und plötzlich ist dieser Kredit ausgegeben – nicht auszudenken, was dann abgehen würde!

Es darf nicht sein, dass von einer Institution, deren Subvention ab 2004 verdoppelt wird, nicht verlangt werden kann, sie müsse zu Unrecht bezogene Subventionen zurück zahlen.

Das Vorgehen der Finanzkommission in dieser Sache ist zurückhaltend korrekt. Aber es gibt auch eine andere Dimension als die rechtliche, nämlich die politische

Komponente. Und wenn bei einer Jahresrechnung ein solcher Bock passiert, dann ist das Grund genug, sich der Stimme zu enthalten.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** stellt klar, dass die Zahlungen von Seiten der BKSD nie versteckt werden sollten, sondern im Budget sogar kommentiert wurden, was bei einer Zahlung dieser Grössenordnung nicht selbstverständlich ist. Auch in der Vorlage wurde an exponierter Stelle darauf hingewiesen, dass für das Jahr 2003 beabsichtigt wird, die CHF 345'000 zu leisten.

Die Sinfonietta konnte nach Treu und Glauben davon ausgeben, dass sie diese CHF 250'000 zu Recht bekommen hat. In der Dieter Völlmin vorliegenden Korrespondenz an die Sinfonietta heisst es klar, dass es keine Garantie für die Zahlungen pro 2004-2006 gebe, weil noch ein politischer Entscheid ausstehe, dass aber die Zahlung fürs Jahr 2003 korrekt erfolgt sei. Also hat die Sinfonietta zu Recht angenommen, dieses Geld stünde ihr zu.

Fazit: Die Sinfonietta hat nie zu Unrecht Gelder bezogen, sondern die BKSD hat zu Unrecht Gelder ausgezahlt. Daraus abgeleitet, muss nun überprüft werden, ob eine Rückforderung korrekt und zumutbar wäre. Die letzte Tranche, CHF 95'000, wird vorläufig zurückgehalten, was das Orchester mit seinen ohnehin schlecht bezahlten Musikerinnen und Musikern bereits in finanzielle Schwierigkeiten gebracht hat.

Gerichte kein Wortbegehren

Teil B kein Wortbegehren

Detailberatung Kommissionsbericht

1. - 3.2.1 kein Wortbegehren

3.2.2. Spezifische Feststellungen – Prämienfonds

Hildy Haas beantragt, den Fonds aufzulösen und den Restbetrag derjenigen Stelle zukommen zu lassen, die heute für die Auszeichnung der Lehrabgänger besorgt ist, da eine Übernahme in die allgemeine Staatskasse gemäss Reglement nicht möglich ist.

Der Fonds wurde vom Kanton und den Lehrbetrieben geäuft, um gute Lehrabgänger mit einem Geschenk auszeichnen zu können. Diese Aufgabe hat seit einigen Jahren der Gewerbeverband übernommen, und darum weist die Rechnung ausser den Zinseinnahmen und der Abbuchung der Verwaltungsspesen keine Bewegungen mehr aus. Der Bestand hat um ca. CHF 500 abgenommen; in etwa zwanzig Jahren wäre also das Kapital durch die Verwaltungskosten aufgezehrt.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** findet es zwar richtig, den Prämienfonds aufzulösen. Er schlägt aber vor, vor einer Auszahlung an die Wirtschaftskammer zu prüfen, ob das verbleibende Fondskapital zur Mitfinanzierung der vom Kanton geleisteten Beiträge an die Lehrabschlussprüfungen verwendet werden kann.

Ihren Antrag hält **Hildy Haas** aufrecht. Es ist sinnlos, ein

Sonderkässeli bestehen zu lassen, dessen Reglement besagt, das Geld sei für die Lehrabgänger bestimmt, wenn die Mittel einfach für Verwaltungskosten aufgebraucht werden. Das Geld soll jener Stelle übergeben werden, welche die im Reglement vorgesehenen Aufgaben heute wahrnimmt.

Kommissionspräsident **Marc Joset** erwähnt, auch in der Finanzkommission sei darüber diskutiert worden, den Fonds nicht nur aufzulösen, sondern das Geld auch auszuzahlen an die Wirtschaftskammer. Die von Regierungsrat Urs Wüthrich nun vorgeschlagene, sympathische Alternative stand nicht zur Diskussion.

://: Der Antrag von Hildy Haas obsiegt in einer Eventualabstimmung mit 39:33 Stimmen gegen den Vorschlag von Regierungsrat Urs Wüthrich.

://: Der Antrag von Hildy Haas wird angenommen und als neuer Punkt 3 in den Landratsbeschluss aufgenommen.

Landratsbeschluss / Rückkommen

Es liegt kein Wortbegehren vor, und es wird kein Rückkommen verlangt.

Schlussabstimmung

://: Der Landrat genehmigt die Staatsrechnung 2003.

Beilage 2 (Landratsbeschluss)

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 664

8 2004/133

Bericht der Spezialkommission Ombudsman vom 8. Juni 2004: Wahl des Ombudsman für den Rest der Amtsperiode vom 1. November 2004 bis 31. März 2006

Kommissionspräsident **Werner Rufi-Märki** stellt dem Geschäft "Ersatzwahl Ombudsman" einige Bemerkungen voraus:

Als Präsident der Spezialkommission "Ersatzwahl Ombudsman" (SKO) bedanke ich mich für das gewährte Vertrauen. Der amtierende Ombudsman, Louis Kuhn, hat im November 2003 per Ende Oktober 2004 seinen Rücktritt erklärt. Die Amtsperiode dauert bis 31. März 2006. Gestützt auf § 3 des kantonalen Gesetzes über den Ombudsman wurde eine dreizehnköpfige Spezialkommission zur Ersatzwahl des Ombudsman eingesetzt. Nach intensiver Prüfung der Kandidatinnen und Kandidaten unterbreitet die Kommission dem Landrat heute eine konkrete Einerkandidatur.

Ende März schrieb die Spezialkommission die Stelle des Ombudsman für den Rest der Amtsperiode zweimal im

Amtsblatt Basel-Landschaft aus, stellte das Inserat gleichzeitig in die kantonale Homepage und liess es auch in der bz, der BaZ und der Volksstimme je einmal erscheinen. Insgesamt gingen auf das Inserat 56 Bewerbungen ein, die allesamt im Einzelnen beurteilt wurden. Der Bewerbungseingang wurde den Kandidatinnen und Kandidaten bestätigt. Danach wurde die Entscheidung in die vier, im Kommissionsbericht nachzulesenden Phasen gegliedert. Bezüglich der Evaluation der Ombudsstelle im Kanton Basel-Landschaft, ausgelöst durch das Verfahrenspostulat vom Februar 2004, hat sich die Spezialkommission für die Doppelspurigkeit der Behandlung entschieden. Einerseits wurde also die Ersatzwahl des Ombudsman vorbereitet und andererseits traf die Kommission gleichzeitig diverse Vorabklärungen zur Evaluation dieser Stelle. Anhörungen verschiedener Vertreter des Kantons wurden organisiert. Zur Zeit läuft eine schriftliche Umfrage bei Kantonen und Städten mit und ohne Ombudsperson. Die Kommission wird nach den Sommerferien wieder zusammentreten und in absehbarer Zeit einen Zwischenbericht an den Landrat richten.

Für die bisherige, fast fünfzehnjährige Tätigkeit sei dem amtierenden Ombudsman, Louis Kuhn, und seinem Team herzlich gedankt.

Zum neuen Ombudsman schlägt die Spezialkommission Herrn Franz Bloch-Bacci vor. Franz Bloch, geboren am 15. 4. 1957, ist Jurist. Er fiel der Kommission durch seine ausgleichende Art, kombiniert mit ausgeprägter Sozialkompetenz auf. Trotz einer vorübergehenden gesundheitlichen Einschränkung trat er sicher und offen auf. Franz Bloch-Bacci verfügt über jene juristischen Kenntnisse, die für die Ausübung des Amtes wesentlich sind. Als Statthalter von Arlesheim ist er mit der Verwaltung und deren Abläufe im Kanton bestens vertraut, wirkt nicht befangen und zeigt die nötigen Fähigkeiten zur Wahrung der Distanz.

Zwischen 1993 und 1996 war Franz Bloch Präsident der SP-Sektion Aesch-Pfeffingen. Nach wie vor ist er Mitglied der SP, bekleidet indes keine leitende Stellung in der Partei.

Von Juli 1996 bis September 2000 war Franz Bloch-Bacci Mitglied des Gemeinderates und der Vormundschaftsbehörde Aesch; dieses Amt machte ihn mit den kommunalen Abläufen vertraut.

Zwischen Oktober 1997 bis September 2000 war der mit ausgezeichneten Sprachkenntnissen aufwartende Kandidat als SP-Vertreter Mitglied des Baselbieter Landrats und daselbst Mitglied der Justiz- und Polizeikommission.

Sehr positiv äusserten sich über Franz Bloch-Bacci auch die angefragten Referenzpersonen. Er stellt somit eine valable Persönlichkeit für die Funktion des Ombudsman dar.

Über den Aspekt der Evaluation ist Franz Bloch-Bacci bestens informiert. In der Befragung zeigte er sich gegenüber einem allfälligen Teilzeitpensum offen, und er weiss, dass die Stelle – schlimmstenfalls – aufgehoben wird.

Die Spezialkommission ist der einstimmigen Auffassung, dass Franz Bloch-Bacci als Nachfolger von Louis Kuhn die idealen Voraussetzungen für die Bekleidung des Amtes eines Ombudsman erfüllt. In formeller Hinsicht bestehen keinerlei Probleme, die Stelle auf den 1.11.2004 anzutreten.

Franz Bloch-Bacci verfügt schliesslich, das ergaben die Nachforschungen, über einen ausgezeichneten Leumund, Straf- und Betreibungsregistereinträge gibt es keine.

Der Antrag wurde von der Kommission mit 9 Stimmen ohne Gegenstimme bei 4 Enthaltungen beschlossen. Die vier Enthaltungen richten sich nicht gegen den Kandidaten, sondern gegen die Einerkandidatur. Der Antrag lautet somit

- lic.iur. Franz Bloch-Bacci, geb. 15.4.1957, Aesch BL, als Ombudsman für den Rest der laufenden Amtsperiode, d.h. vom 1.11.2004 bis 31.3.2006, zu wählen.

Abschliessend dankt der Präsident allen Kommissionsmitgliedern, im Besonderen Vizepräsident Karl Willmann für die stets angenehme und konstruktive Zusammenarbeit. Auch der FDP-Fraktion sei für das gewährte Vertrauen gedankt.

Dem amtierenden Ombudsman, Louis Kuhn, den Mitarbeitenden der Landeskantlei sowie dem Personalamt Basel-Landschaft dankt der Präsident ebenfalls ganz herzlich.

Franz Bloch-Bacci wünscht Werner Rufi-Märki viel Genugtuung bei der Ausübung dieses wichtigen kantonalen Amtes.

Regula Meschberger freut sich namens der SP-Fraktion, dass sich eine grosse Anzahl hochkarätiger Frauen und Männer für das Amt des Ombudsman beworben hat. Dass heute ein Mann, Franz Bloch, vorgeschlagen wird, spricht nicht gegen die Qualität der übrigen Bewerberinnen und Bewerber.

Die Arbeit in der Kommission gestaltete sich ausgesprochen gut, intensive, faire Diskussionen wurden geführt, das Auswahlverfahren war zu jedem Zeitpunkt transparent und wickelte sich nach klaren Regeln ab.

Die SP-Fraktion freut sich, dass heute Franz Bloch zur Wahl steht. Er erfüllt das von der Kommission erarbeitete Anforderungsprofil bestens. Das heisst, er kennt die Verwaltung des Kantons, bringt beste juristische Kenntnisse mit, ist ruhig, ausgeglichen und wird mit seiner hohen Sozialkompetenz schnell zur Vertrauensperson Hilfesuchender werden.

Die SP-Fraktion spricht ihren Dank an Louis Kuhn aus, der es als erster Ombudsman im Kanton verstanden hat, auf die Menschen einzugehen, sie zu unterstützen und aufzuzeigen, wie Verwaltungshandeln – innerhalb eines bestimmten Rahmens – noch bürgerfreundlicher ausgestaltet werden kann. Durch Louis Kuhn wurde die Ombudsstelle zu einer wichtigen Einrichtung, und Franz Bloch wird diese Arbeit nun mit grosser Unabhängigkeit weiterführen können.

Die SP-Fraktion unterstützt die Wahl von Franz Bloch zum Ombudsman des Kantons Basel-Landschaft einstimmig.

Hanspeter Ryser gibt bekannt, dass zur Wahl von Franz Bloch-Bacci mindestens 46 Stimmen nötig sind.

Wahlergebnis

Zahl der Stimmberechtigten	: 90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	: 83
Zahl der leeren Wahlzettel	: 24
Zahl der ungültigen Wahlzettel	: 01
Zahl der gültigen Stimmen	: 58

://: Gewählt ist mit 57 Stimmen: Franz Bloch-Bacci.

Verteiler:

- Franz Bloch, Neumattstrasse 35, 4147 Aesch
- Kantonsgericht
- Finanzverwaltung
- Finanzkontrolle
- Landeskanzlei

Für das Protokoll:

Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 665

11 2004/120

Berichte des Regierungsrates vom 11. Mai 2004 und der Finanzkommission vom 14. Juni 2004: Nachtragskredite zum Budget 2004

Marc Joset hat sich zusammen mit der Finanzkommission anlässlich der Prüfung der Nachtragskredite auf die im Finanzhaushaltsgesetz verankerten Kriterien berufen, beispielsweise auf die Ausnahmebestimmung für Nachtragskredite, auf die Bedingung der Dringlichkeit und auf die Nichtvoraussehbarkeit. Drei Kredite haben diese Prüfung bestanden, sie werden zur Annahme empfohlen, nämlich die Chemiedepotien MuttENZ, die häusliche Gewalt und die Gerichtsschreiber. Der Antrag für mehr Personal bei den Statthalterämtern als Folge der zusätzlichen Blechpolizisten lehnt die Kommission ab. Bevor mehr Personal bewilligt werden kann, sollen die Beteiligten noch einmal zusammensitzen, um Abklärungen zu treffen, wie der Aufwand und dessen Folgen im normalen Budget des nächsten Jahres bestimmt werden können.

Annemarie Marbet beschleicht zur Frage der Voraussehbarkeit ein ungutes Gefühl. Trotzdem stellt sich die SP-Fraktion gegen das Mittel des Globalbudgets und tritt auf die Nachtragskredite ein, weil sie weiterhin lieber mitreden und Prioritäten setzen möchte, als über Globalbudgets entscheiden zu müssen. Alle Nachtragskredite erweisen sich als notwendige Problemaufgaben, welche die Unterstützung der SP-Fraktion geniessen. Beim AUE geht es um die Sicherheit der Bevölkerung und der Kampf gegen die häusliche Gewalt beziehungsweise deren Anerkennung als Offizialdelikt wurde von der SP initiiert. Obwohl in der Frage der Blechpolizisten keine Einigkeit erreicht wurde, stellt sich doch eine Mehrheit der SP-Fraktion hinter den Nachtragskredit.

Beim Strafgericht zeigt sich die Situation als dramatisch. Könnte nicht schnell gehandelt werden, verjährten viele Fälle.

Die SP-Fraktion befürwortet die Nachtragskredite.

Helen Wegmüller hält sich namens der SVP-Fraktion an den Vorschlag der Finanzkommission.

Toni Fritschi, Sprecher der FDP-Fraktion, folgt den Vorgaben der Finanzkommission. Die Überlegung, Nachtragskredite nur dann in Anspruch nehmen zu dürfen, wenn unvorhersehbare, exogene Faktoren auftauchen und unverschiebbar neue Belastungen der Staatsrechnung verursachen, wurde als Kriterium entgegen genommen. Die Prüfung ergab, dass für drei der vier Anliegen die Voraussetzungen für ein Nachtragskreditbegehren gegeben sind. Keine Zustimmung kann den Blechpolizisten erteilt werden, weil klar ist, dass ein vermehrter Einsatz von Blechpolizisten vorhersehbar auch eine Mehrbelastung der Gerichte zur Folge hat. Offenbar hat die Polizei die Gerichte nicht rechtzeitig informiert. Für die FDP ist deshalb die Voraussetzung für die Gewährung eines Nachtragskredits nicht gegeben. Empfehlung der FDP: Den Antrag auf dem ordentlichen Weg im Budget 2005 aufzunehmen. Eine gut funktionierende Justiz ist aber trotzdem, dies die Schlussbemerkung Toni Fritschis, ein grundsätzliches, urfreisinniges Anliegen.

Thomi Jourdan stimmt im Namen der CVP/EVP-Fraktion den ersten beiden Nachtragskrediten zu und bringt zum dritten und vierten Kreditbegehren einige kritische Fragen ein: Dass an den wirklich exponierten Stellen Blechpolizisten zum Einsatz kommen, nimmt Thomi Jourdan in Kauf, doch bemängelt er, dass die Polizei die Blechpolizisten aufstellen und Erträge generieren kann, während die Kosten bei den Gerichten anfallen – und damit auch der Schwarzpeter bei den Gerichten bleibt. Auf Regierungsebene sollte deshalb eine Vollkostenrechnung für Blechpolizisten vorgelegt werden, so wie auch jeder Private nicht bloss fragt, was bringt mir eine Investition, sondern auch, was kostet sie mich. Die sechste Direktion wäre sehr direkt in die Lösung dieser Frage einzubeziehen.

Die CVP/EVP-Fraktion wird in Übereinstimmung mit der Finanzkommission dem Antrag zu den Blechpolizisten nicht stattgeben.

Auch beim Antrag des Strafgerichts stellt sich die Frage, ob die Diskussion nicht am falschen Ort geführt wird. Zwischen den Zeilen lässt sich lesen, dass bereits im vergangenen Jahr der personelle Minderbestand erkannt war und im Budget 04 hätte aufgenommen werden müssen. Gewisse Quellen bestätigen, dass eine Aufnahme ins Budget vorgesehen war, aufgrund von Diskussionen gekippt wurde und nun auf dem Weg des Nachtragskredits wieder eingeschleust werden soll. Dieses Vorgehen hinterlässt den Eindruck, dass sich die Regierung trotz der vier Fünftel gebundener Ausgaben eben doch Wege offen hält, um das eine oder andere Geschäft zusätzlich zu finanzieren. Dagegen wehren sich einzelne CVP/EVP-Fraktionsmitglieder. Für die Arbeit des Kantonsgerichts allerdings ist die Notwendigkeit des Nachtragskredits unbestritten.

Jürg Wiedemann nimmt namens der grünen Fraktion den Nachtragskredit betreffend die Deponie in Muttenz an und lehnt die übrigen drei Kredite ab.

Einerseits wird die bürgerliche Motion, die einen Personalstopp verlangt, überwiesen, und die Regierung bewilligt zahlreiche Stellen kostende Sparmassnahmen – allein in der BKSD 200 bis 300 Stellen – und andererseits sollen beim Strafgericht und den Statthalterämtern zum x-ten Mal neue Stellen bewilligt werden. Diesen Widerspruch akzeptiert die grüne Fraktion nicht.

Die Grünen begrüssen sehr, dass häusliche Gewalt zum Officialdelikt erklärt wurde und somit von Amtes wegen verfolgt und geahndet wird. Werden die zusätzlichen Stellen nun nicht bewilligt, so sollen einerseits die Prioritäten anders gesetzt werden und Bagatellfälle – die häusliche Gewalt ist ausdrücklich nicht dazu zu zählen – unter Umständen eben verjähren.

Die Regierung will sparen. So meinte Regierungsrat Adrian Ballmer zur SVP-Motion an der Landratssitzung vom 22. April: *Die Überweisung des SVP-Vorstosses als Motion wäre für den Regierungsrat keine Katastrophe.* Damit zeigt die Regierung sehr schön, wie wenig sie in vielen Bereichen von der Arbeitsplatzsicherung hält, im JPMD-Segment aber trotzdem massiv ausbauen will.

Karl Willimann bezieht zum Kreditbegehren "Blechpolizisten" Stellung: Vor Kurzem wurde eine thematisch ziemlich deckungsgleiche Interpellation des Sprechenden beantwortet. Der Vorstoss forderte Klarheit über die Eintreibung der Bussen bezüglich Ausländer, die im Amtsblatt publiziert werden, und den Schweizern sowie über den Ertrag der Übung. Die Antwort lautete, 97 Prozent aller Bussen der Schweizer würden bezahlt, die Ausländer bezahlten zu 67 Prozent. Der Aufwand für das Eintreiben wurde mit 13 Prozent angegeben. Ein paar Wochen später ist nun zu hören, die Zahlungsmoral habe sich massiv verschlechtert, nur noch ein Drittel der gestellten Rechnungen würden beglichen. Nun darf erwartet werden, dass definitiv jene Angaben bekannt gemacht werden, die stimmen.

Offensichtlich fehlt es auch an der Koordination zwischen Polizei und Gerichten. Dass die einen auf "Teufel komm' raus" messen und die anderen nicht wissen, was ihnen droht, darf nicht sein. Zudem trifft der Autofahrer im Baselbiet innerhalb von knapp 20 Kilometern auf drei Radaranlagen. Damit ist personell, finanziell und gegenüber den Automobilisten die Schmerzgrenze erreicht.

Kantonsgerichtspräsident **Peter Meier** meldet sich als Vertreter jener, die den Schwarzen Peter gezogen haben, und stellt voran, dass es nicht Aufgabe der Justiz ist zu entscheiden, ob, wo, wann, wie oft Kontrollen der Geschwindigkeit durchzuführen sind. Diese Aufgabe obliegt der Regierung, der Polizei und, wenn es darum geht, zusätzliche Mittel zu bewilligen, dem Parlament. Auch den Gerichten kommt in diesem Geschäft eine Rolle zu, zu ihrem Pech allerdings – deshalb der Schwarze Peter – folgen sie in der Reihe erst am Schluss. Je mehr das System vorne gefüttert wird, desto mehr gilt es hinten zu verarbeiten. Die Situation zeigt sich heute in eben dieser Weise, und sie erweist sich als echtes, grosses Problem. Mit Stichtag 30. April 2004 liegen über 10'000 unbe-

arbeitete Strafbefehlsanträge allein beim Statthalteramt Liestal auf. Richtig die Feststellung Karl Willimanns, dass der grösste Anteil davon Ausländer betrifft, denn die problematischen, die arbeitsaufwändigeren Fälle landen bei den Gerichten, während die Polizei die einfacheren Fälle im Ordnungsbussenverfahren selber bearbeiten kann.

Mit dem vorhandenen Personal können die genannten Fälle schlicht nicht bearbeitet werden. Inzwischen wurde die Sachlage dergestalt optimiert, dass eine Mitarbeitende oder ein Mitarbeitender rund 2'500 Fälle pro Jahr oder über 100 Fälle pro Tag bearbeiten muss. Eine weitere Intensivierung ist nicht denkbar. Geschieht nichts, werden die Fälle nicht mehr bearbeitet, was die Verjährung zur Folge hätte. Ob diese Haltung vertretbar ist, sollte sich das Parlament gut überlegen. Für die Glaubwürdigkeit der Justiz ist nichts schlimmer, als Vergehen und Übertretungen zwar festzustellen, sie in der Folge aber ungeahndet zu lassen.

Bewilligt das Parlament den Gerichten den Nachtragskredit aus grundsätzlichen Überlegungen nicht, werden die Gerichte den Berg also nicht bearbeiten können und im Budget 2005 entsprechend Antrag stellen müssen. Die Gerichte aber bräuchten das zusätzliche Personal jetzt, um die Verjährung von 10'000 Fällen zu verhindern.

Richtig ist auch, dass die Zahlungsmoral in den Statthalterämtern massiv gesunken ist. Heute bezahlt noch ein Drittel der Ausländer.

Der Landrat wird gebeten, den Nachtragskredit zugunsten der Gerichte zu bewilligen.

RR Sabine Pegoraro unterstützt die Bitte des Kantonsgerichtspräsidenten, den Nachtragskredit zu bewilligen, damit das unbestrittene Interesse einer korrekt funktionierenden Strafverfolgungsbehörde erhalten bleibt. Wenn der Pendenzenberg nun – aus welchen Gründen auch immer – angewachsen ist, dann ist das Parlament aufgerufen, dafür zu sorgen, dass die Statthalterämter diesen Berg abbauen können.

Die Polizei leistet für die Statthalterämter übrigens wesentliche Vorarbeiten. Zudem ist es nicht so, dass neue Anlagen eingerichtet werden, vielmehr werden die bestehenden durch digitale Anlagen, die von der Verkehrsleitzentrale aus gesteuert werden können, ersetzt.

Die auf die Interpellation Karl Willimann an der Landratssitzung eingebrachten Zahlen stammten von den Statthalterämtern.

Bezüglich der Bussen fällt bei den Gerichten im Weiteren nicht nur Aufwand, sondern auch Ertrag an – dies an die Adresse von Kantonsgerichtspräsident Peter Meier.

Und schliesslich ist festzuhalten, dass die Polizei mit den Statthalterämtern im Rahmen der Schnittstellenkonferenz im Kontakt ist. Auch die Polizei kann die Anlagen nur in jenem Mass betreiben, das sie bewältigen kann und mit Rücksicht auf die Gerichte. Mit den Geschwindigkeitskontrollen einen Stau bei den Gerichten zu produzieren, liegt der Justizdirektion fern; Ziel der Geschwindigkeitskontrollen ist einzig, die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und zu verbessern. Leider wurde das Tempobolzen in letzter Zeit wieder häufiger, erinnert sei an die schockierenden Raserunfälle. Sagt der Landrat ja zum weiteren, im Kanton Basel-Landschaft seit 1998 beobachteten, ge-

schwindigkeitsbedingten Rückgang der Unfälle, so wird er die benötigten Mittel bewilligen.

Hanspeter Ryser lässt über die vier Nachtragskredite einzeln, gemäss Landratsbeschluss abstimmen.

– 2330 Amt für Umweltschutz und Energie, Chemiedepotien in Muttenz

://: Der Landrat stimmt dem Nachtragskredit 2330 "Chemiedepotien Muttenz" zu.

– 404x Statthalterämter; häusliche Gewalt

://: Der Landrat stimmt dem Nachtragskredit 404x "häusliche Gewalt" zu.

– 4005 Strafgericht; Gerichtsschreiber

://: Der Landrat stimmt dem Nachtragskredit 4005, "Gerichtsschreiber" zu.

– 404x Statthalterämter; "Blechpolizisten"

://: Der Landrat lehnt den Nachtragskredit 404x "Blechpolizisten" ab.

Schlussabstimmung

://: Der Landrat stimmt dem im obigen Sinne bereinigten Landratsbeschluss 2004/120 zu.

Beilage 3 (Landratsbeschluss)

Für das Protokoll:
Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 666

12 2004/010

Interpellation von Annemarie Marbet vom 22. Januar 2004: Folgen der Budgetanträge 2003. Schriftliche Antwort vom 30. März 2004

Annemarie Marbet dankt für die schriftliche Beantwortung und gibt gleichzeitig ihrem Erstaunen über die zeitliche Abfolge Ausdruck. Bis auf eine Ausnahme, Informatik Kantonsbibliothek (JPMD zugunsten BKSD), wurden die Anträge innerhalb der einzelnen Direktionen unter den Dienststellen aufgeteilt. Hier kann meist eine Priorisierung festgestellt werden, so wie der Landrat dies gewünscht hat.

Der Landrat muss sich im Klaren darüber sein, dass die Kürzungen und teilweise grossen Abstriche etwa bei Projekten der Steuerverwaltung, der Pensionskasse und der Spitäler nicht ohne Auswirkungen bleiben werden.

Das von allen Parteien gerne benutzte Wort: *Bildung ist unser wichtigster Rohstoff!* wurde bei den Budgetanträgen beiseite geschoben. In den Schulen wird massiv gespart:

in der Informatik, bei den Sprachlabors und am Gymnasium Laufen kann der Standard der übrigen Gymnasien nicht übernommen werden. Fragt sich, ob der Landrat diese Haltung wirklich unterstützt.

://: Damit ist die Interpellation 2004/010 von Annemarie Marbet erledigt.

Für das Protokoll:
Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 667

2004/152

Motion von Rudolf Keller vom 24. Juni 2004: Rechtsschreibreform stoppen!

Nr. 668

2004/153

Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009

Nr. 669

2004/154

Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Juni 2004: Überholverbot für Lastwagen auf der Strecke Basel Richtung Belchentunnel und in entgegengesetzter Richtung

Nr. 670

2004/155

Postulat von Urs Hammel vom 24. Juni 2004: Theorieprüfungen für den Erwerb des Fahrzeug-Führerausweises nur noch in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch

Nr. 671

2004/156

Interpellation von Simone Abt vom 24. Juni 2004: Entscheidung des Nationalrates: Strafrechtliche Verfolgung von Cannabis-KonsumentInnen statt Jugendschutz und Opportunitätsprinzip

Nr. 672

2004/157

Interpellation von Martin Rüegg vom 24. Juni 2004: Schule und Wirtschaft - ein (un-) getrubtes Verhältnis? (Mitbericht, VSD)

Nr. 673

2004/158

Interpellation von Urs Hess vom 24. Juni 2004: Aufenthalt der Asylbewerber

Nr. 674

2004/159

Interpellation von Hanspeter Frey vom 24. Juni 2004: Hochwasserschutz Allschwil Dorf (Mitbericht, FKD)

Nr. 675

2004/160

Interpellation von Peter Zwick vom 24. Juni 2004: Ist Klettern im Kanton Baselland noch möglich? (Mitbericht, BKSD)

Nr. 676

2004/161

Interpellation von Jacqueline Simonet vom 24. Juni 2004: Raumprogramm für Sekundarschulanlagen

Nr. 677

2004/162

Interpellation von Urs Hammel vom 24. Juni 2004: Wo hin fließen die Millionen von Lotterie-Geldern?

Nr. 678

2004/163

Verfahrenspostulat von Matthias Zoller vom 24. Juni 2004: Bürgernaher Landrat ohne Polizei

Es werden kein Wortbegehren laut.

Nr. 679

Abschlussrede von Landratspräsident Hanspeter Ryser

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Liebe Mitglieder des Regierungsrates
Werte PressevertreterInnen und Gäste

Für rund einen Drittel der Landrätinnen und Landräte geht mit dem heutigen Tag das erste Jahr ihrer Parlamentstätigkeit zu Ende – Gelegenheit für eine erste Bilanz.

Vor einem Jahr wählten Sie mich zu Ihrem Präsidenten. Mit dem Ende der heutigen Sitzung habe ich zum letzten Mal das Wort hier oben auf dem Präsidentensessel. Die Tradition will es, dass der Abtretende seine persönlichen Rückschlüsse auf das Jahr zieht. Deshalb suchte ich meine Antrittsrede vom vergangenen Jahr hervor und bilanzierte zwischen Wunsch und Realität. Ich wünschte mir vor einem Jahr eine derart intensive Debatte über das Budget, dass dafür eineinhalb Tage notwendig werden, hätte es allerdings nie für möglich gehalten, dass der Landrat am 11. Dezember, abends um fünf Uhr, nach vollen eineinhalb Tagen dieses Budget verabschieden konnte.

Am 30. Oktober erhielten Sie eine Traktandenliste mit sage und schreibe 44 Traktanden plus Fragestunde. Bestens erinnere ich mich an den Hinweis von Walter Mundschin, der bei der Vorbereitung der Sitzung meinte, ein Pressevertreter habe ihn angerufen und gefragt, wie weit der Landrat wohl bei der Behandlung dieser langen Traktandenliste kommen würde. Des Landschreibers selbstsichere Antwort, der Landrat werde sämtliche Geschäfte zu Ende beraten, löste am anderen Ende der Leitung Ungläubigkeit aus. Tatsächlich aber waren am Abend des 30. Oktober alle Geschäfte beschlossen. Seither wurde der Landschreiber nie mehr angefragt, wie weit der Landrat wohl kommen werde.

Damit die Volksabstimmung über die Jubiläumsinitiativen und die Initiative für eine faire Partnerschaft am 16. Mai stattfinden konnte, musste der Landrat die Vorstösse am 19. Februar zwingend zu Ende beraten. Benötigt wurden dafür fünfeinhalb Stunden, das heisst, die Sitzung musste um eineinhalb Stunden überzogen werden.

Die aufgeführten drei Rekorde zeigen mir, dass der Landrat belastbar und gewillt ist, für seine Anliegen einzustehen und seine Prioritäten der Traktandenliste anpassen kann.

Nun geht der Landrat mit einem einigermaßen aufgeräumten Tisch in das zweite Jahr der laufenden Legislatur. Zur Zeit befinden sich noch rund 60 Persönliche Vorstösse sowie 28 Vorlagen auf dem Pendenzenberg, ein rekordtiefes Niveau. Im vergangenen Jahr hat der Landrat immerhin 420 Geschäfte behandelt – ich denke, das ist eine Leistung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf wirklich sagen: Mit Ihnen hatte ich ein sehr schönes und intensives Jahr. Allerdings, ein Landratspräsidentenjahr besteht nicht allein aus dem Führen der Landratssitzung, gefragt ist auch das Repräsentieren nach aussen. Ich hatte grossen Spass, mit meinem kleinen Auto für den Landrat und den Kanton zu werben. In offizieller Mission rauschte ich so gut 8000

Kilometer durchs Land.

Immer wieder freute ich mich, und freue ich mich noch heute, wenn ich bei Anlässen feststelle, dass der Baselbieter Pin getragen wird. Ich liess diesen Pin, der einfach zu allem passt, anfertigen. Er stiess – auch in Zeiten leichter Anspannung – zumal in Basel auf gute Resonanz und Akzeptanz. Übrigens: Den Pin kann man auf der Landeskanzlei beziehen, gratis!

Während meines Präsidialjahres durfte ich viele Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft kennenlernen. Niemand soll im Besonderen hervorgehoben werden, wenn ich auch eine kleine Besonderheit nicht unerwähnt lassen möchte: Ich durfte während meiner Amtszeit 9 amtierenden Bundesrätinnen und Bundesräten die Hand schütteln, zwei davon sind natürlich nicht mehr im Amt.

Da im Baselbiet der Wechsel am 1. Juli vollzogen wird, lernt man als Baselbieter Präsident zwei Grossratspräsidenten kennen. Ich hatte auch diesbezüglich grosses Glück, denn mit Leonhard Burckhardt und Beatrice Inglin begegnete mir zwei grossartige Menschen, mit denen ich eine sehr gute Zeit erlebte.

Zu Beginn meiner Amtszeit wünschte ich mir, trotz harten Politisierens das Lachen im Saal nicht zu vergessen. Tatsächlich verging keine Landratssitzung ohne Lachen, aus welchen Gründen auch immer.

Fragt man mich, was mir im Präsidialjahr am besten gefallen habe, fällt mir die Antwort leicht: Es war jene Arbeit, die mir zu Beginn des Morgens jeweils ein leichtes Flattern in Magen bescherte: Das Führen der Traktandenliste!

Der Landratspräsi wird – ausserhalb des Landratssaales – eher nicht mit Kritik überhäuft. Hier drinnen ist es anders. Ich lernte auf dem Präsisessel das Parlament zu fühlen, sehr schnell spürt man, was gerade läuft, oder ob man etwas falsch gemacht hat. Diese Direktheit schätze ich sehr.

Liebe Landrätinnen und Landräte, ich möchte Euch recht herzlich danken für das vergangene Jahr. Ich hoffe, Ihren Ansprüchen einigermaßen genügt zu haben. Für mich geht ein sehr ereignisreiches, kurzweiliges und lehrreiches Jahr zu Ende.

Auch den Mitgliedern des Regierungsrates danke ich sehr. Wir durften sehr gut zusammenarbeiten, alle nahmen's mit Humor, auch dann, wenn ab und an von der hinteren Bank ein Spruch nach vorne drang.

Für das effiziente Zusammenarbeiten mit dem Büro und der Ratskonferenz danke ich ebenso, im Speziellen meiner Vizepräsidentin Daniela Schneeberger: die Zusammenarbeit mit Dir machte mir sehr viel Freude.

Ein besonderer Dank gilt auch den Mitarbeitenden der Landeskanzlei, an ihrer Spitze Landschreiber Walter Mundschin. Ich durfte mit allen ein sehr schönes, kollegiales Arbeiten erleben.

Der grösste Dank aber gilt meiner Familie – vor allem meiner Frau. Sie hielt mir während dieses Jahres den Rücken frei und verlor auch dann nicht die Fassung, wenn ich nach dem Duschen wieder einmal die passende Krawatte suchte, obwohl ich schon längst zum nächsten Anlass hätte unterwegs sein sollen, die Zeit mir aber davon rannte.

Nachdem nun für ein Jahr die Prioritäten klar zuerst beim Kanton und dem Landrat, und danach beim Betrieb und

der Familie lagen, freue ich mich darauf, die Prioritätenliste am 1. Juli zu wenden.

Ich danke Euch allen.

Für das Protokoll:

Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 680

Schlussrede des Regierungspräsidenten, Regierungsrat Erich Straumann

Sehr verehrter Herr Landratspräsident
Geschätzte Damen und Herren

Die Gegenwart ist der Zustand zwischen der guten alten Zeit und der schöneren Zukunft. (Zarko Petan)

Hanspeter, Deine Zeit als höchster Baselbieter läuft in den nächsten Tagen aus. Schon bald gehört auch für Dich das eindrucksvolle Jahr zur guten alten Zeit. Vor Dir liegt die schönere Zukunft als gewöhnlicher Landrat mit mehr freier Zeit.

Als Landratspräsident hast Du ein Jahr lang die Zeit der Sitzungen verwaltet. Deine Aufgabe war es, die Sitzungen speditiv und innerhalb der vorgegebenen Zeit zu leiten.

Zeit ist Geld

Wie überall gilt auch im Landrat "Zeit ist Geld". Wenn so gespart werden muss wie in letzter Zeit und in der Zukunft, bedeutet jede zusätzliche LR-Sitzung eine Vergrösserung des Loches in der Kasse. Also heisst es, die Landrätinnen und Landräte antreiben und die Traktanden durchpeitschen. Diese Aufgabe hast Du gut und mit viel Humor wahrgenommen und die Kantonsfinanzen geschont. Als Energiespender hast Du Pausenäpfel geschenkt. Vielen herzlichen Dank!

Zeit für Feste

Damit die Landrätinnen und Landräte auch mal abschalten und Gemütlichkeit geniessen können, hat man das LR-Präsidentenfest, den Landratsabend und den Weihnachtsapéro erfunden. Diese Anlässe bieten Gelegenheit, sich zu rühmen, über sich zu lachen und auf die Regierung, die oft nicht macht, was der Landrat will, anzustossen.

Lange Zeiträume

In der Politik hat die Eintagsfliege keinen Platz. Veränderungen brauchen Zeit. Man muss sich an Neues gewöhnen können. So schnell wie die Wirtschaft kann und darf die Politik nicht handeln, auch wenn gewisse Landrätinnen und Landräte die Wirtschaft als Vorbild nehmen. Was heute sinnvoll erscheint, ist schon morgen überholt. Solche schnelle Veränderungen führen zur Verunsicherung. Niemand weiss, was noch Gültigkeit und Beständig-

keit hat. Der Mensch braucht aber Sicherheit und eine gewisse Beständigkeit, um leistungsfähig und gesund zu bleiben.

Hanspeter, ein Jahr lang hast Du mit Deinem Smart das Baselbiet nach aussen vertreten. Zum Abschied des Präsidentenjahres hast Du Dir eine Baselbieter Uhr gewünscht. Ich darf sie Dir übergeben. Als Bauer ist Dir bewusst, dass nicht nur Stunden und Minuten eine Rolle spielen. Es sind die Jahreszeiten, die den Takt bestimmen.

Stefan Zweig hat festgestellt:
Auch die Pause gehört zur Musik.

Lieber Hanspeter, auch wir müssen mit Hektik und Tempo leben. Dazwischen sollen aber Pausen, beschauliche Stunden Platz haben, Zeit für die Familie, zum Ausruhen und Auftanken. Solche Zeiten wünschen wir Dir. Nochmals vielen Dank für das, was Du für unseren schönen Kanton und seine Bevölkerung getan hast.

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** bedankt sich für das schöne Geschenk, wünscht einen schönen Fraktionsausflug, hofft auf vollzähliges Erscheinen am Abend in Thürnen und schliesst – zum letzten Mal in seinem Präsidialjahr – zielgenau wie immer um Punkt 12.00 Uhr die Landratssitzung.

Für das Protokoll:
Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Die nächste Landratssitzung findet statt am

9. September 2004

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

der Präsident:

der Landschreiber: